

**Erklärung des neuen Verbandes der deutschnationalen Parteien.**

Abg. Dr. Waldner gibt namens des neugegründeten Verbandes der deutschnationalen Parteien folgende Erklärung ab: In diesen geschichtlich bedeutsamen Tagen, in denen der Glaube an einen baldigen ehrenvollen Frieden alle Schichten der Bevölkerung durchdringt, bedeutet ein jedes auf die Störung der Friedensverhandlungen abzielendes Vorgehen ein Verbrechen am Staate. (Sehr richtig! links.) Schwer ist die Verantwortung, welche auf den Schultern jener ruht, die mit der Vertretung unserer Staatsinteressen beim Zustandekommen dieses großen Werkes betraut sind. Wir sind überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, einen baldigen Frieden mit Rußland abzuschließen, der der Monarchie die volle Machtstellung und die notwendige Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte in der Zukunft sichert. Mit dem Geiste dieser Friedensarbeit steht aber die Deklaration der Vertreter des tschechischen Volkes vom 6. Januar d. J. im schroffsten Widerspruche. (Zustimmung links.) Während nach der von unserem Vertreter abgegebenen Erklärung der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes in seinem berechtigten Umfange innerhalb des Staates der Lösung zugeführt werden soll, bekennt sich die tschechische Deklaration zu dem Grundsatz, daß den Völkern die freie Wahl vorbehalten bleiben soll, darüber zu entscheiden, ob sie einen selbständigen Staat ausbauen oder ein Staatsganzes in Gemeinschaft mit anderen Völkern bilden sollen. Durch diese Erklärung wird somit der Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie in Frage gestellt und abhängig gemacht von dem Entschlusse, ob ein Volkstamm den einheitlichen Staatsverband anzuerkennen gewillt ist oder ob er ihm diese Anerkennung versagt. Eine Katastrophe in der Politik, welche mit dem Gedanken der „Losreißung eines Teiles von dem einheitlichen Staatsverbande“ spielt, bedroht die Grundfesten des Staates mit der Gefahr des Zerfalles und muß zu seiner Auflösung im Sinne der Wünsche unserer Feinde führen. Eine solche Politik ist geeignet, ganz falsche Illusionen in den Reihen unserer Feinde zu wecken, indem sie den Zweifel an seinem Bestande aufkommen läßt.

Die in der Deklaration enthaltenen Angriffe gegen Ungarn verraten die Absicht, eine tiefe Entzweiung zwischen den beiden Staaten der Monarchie herbeizuführen. Wohl haben zahlreiche während des Krieges gewonnene Erfahrungen die Erkenntnis gereift, daß das Bedürfnis vorhanden ist, im wechselseitigen Verhältnisse der beiden Reichshälften eine neue Ordnung zu begründen. Die nach Kriegsende vorzunehmende Prüfung dieser Fragen wird nur dann zu einer erfolgreichen Lösung führen, wenn sie im Geiste der Anerkennung der beiderseitigen billigen Ansprüche erfolgen wird. Eine Voraussetzung hierfür aber bildet die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen dualistischen Rechtsgrundlage. Die auf ihren Umsturz gerichteten tschechischen und südslawischen Bestrebungen werden daher stets auf unsere schärfste Abwehr stoßen. (Zustimmung links.) Beide verfolgen die gleichen verwerflichen Ziele, letztere bedrohen außerdem unsere Welthandelspolitik durch die Abschüttung vom Seewege und die Ausgestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Balkan durch die Schaffung eines unabhängigen, andere Wirtschaftsinteressen verfolgenden Zwischenstaates.

Angeichts der planmäßig betriebenen Angriffe gegen Deutschland fordern wir von der Regierung weiter, daß sie allen von welcher Seite immer ausgehenden Umtrieben, die auf die Lockerung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche abzielen, mit Entschlossenheit entgegentritt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Wir Vertreter der deutschnationalen Parteien des Reichsrates fordern vor allem die Regierung auf, durch eine willenskräftige, unbeugsame Entschlossenheit allen Versuchen, die staatsrechtlichen Bande zu zerreißen, ein Ende zu setzen. (Beifall links.) Die heute vom Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung nehmen wir zur Kenntnis und werden die Regierung dazu unterstützen, wenn sie ihren Worten auch die Taten folgen

läßt. (Beifall und Händeklatschen links.) Die durch die Ernährungsverhältnisse und die plötzlich verfügte Herabsetzung der Mehlquote aufs äußerste erbitterte Arbeiterschaft der Industriestädte wurde durch äußere Einflüsse zu einer politischen Ausstandsbewegung verführt (Zustimmung links), die eine schwere Gefahr für die Friedensarbeit bildet und in ihren Wirkungen zu einer Verlängerung des Krieges und zu einer Schwächung der Stellung unserer Vertreter bei den Friedensverhandlungen führen muß. (Zustimmung links.)

Wir legen ferner Verwahrung dagegen ein, daß solche Bewegungen einseitig parteipolitisch ausgenützt werden, um über große programmatische Fragen unseres Verfassungslebens mit Umgehung der dem Parlamente zustehenden Rechte eine Vorentscheidung herbeizuführen. (Zustimmung links.) Wir Vertreter der deutschnationalen Parteien des Reichsrates erklären, daß wir einer zeitgemäßen volkstümlichen Ausgestaltung unseres Verfassungslebens und der Einrichtungen unseres Gemeinwesens zustimmen, jedoch nur dann, wenn hiedurch keine Verschiebung der nationalen Kräfteverhältnisse herbeigeführt wird und wenn diese Reformen zugleich mit einer Ordnung der nationalen Verhältnisse erfolgen. Wir Deutsche sind bereit, an der Neuordnung Oesterreichs mit unseren besten Kräften mitzuwirken, wenn alle künftigen Reformen den nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensinteressen unseres Volkes volle Sicherheiten für alle Zukunft bieten. (Lebhafter Beifall links.)